

Herrn
Landrat des Rhein-Lahn-Kreises
Günter Kern
Insel Silberau

56130 Bad Ems

15.6.2010

Sehr geehrter Herr Landrat Kern,

die Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN stellt für die kommende
Kreistag-Sitzung am 28. Juni 2010 folgenden Antrag:

ANTRAG

Wieder illegaler Genmais und verunreinigtes Saatgut in Rheinland-Pfalz entdeckt 80 % der Verbraucher wollen keine Gentechnik in Lebensmitteln!

Begründung:

Erneut wurde gentechnisch verändertes Saatgut in Rheinland-Pfalz ausgesät. Laut Meldung von dpa 10. Juni 2010 habe ein Landwirt aus dem Rhein-Lahn-Kreis verunreinigtes Saatgut auf einer Fläche von drei bis vier Hektar ausgepflanzt. Der Mais ist mit der in der EU nicht zum Anbau zugelassenen Gen-Maissorte NK 603 der Firma Pioneer verunreinigt. Trotz der unlängst auch in anderen Bundesländern festgestellten Verunreinigungen des Saatgutes mit gentechnisch veränderten Organismen scheint die Kontrolle des Saatgutes durch die Landesregierung in Rheinland-Pfalz nicht wirksam zu greifen. Hinzu kommt, dass die Umweltministerin Conrad erst im vergangenen Jahr den Auswuchs zur Verwendung in Biogasanlagen ausdrücklich erlaubt hat. Wir GRÜNE und viele Umwelt- und Naturschutzverbände haben auf die besondere Gefahr der Verbreitung durch Auskreuzung und die ökologischen und ökonomischen Folgen für die Landwirtschaft und Imkerei hingewiesen.

Die Reinheit des Saatgutes und der Lebensmittel muss unter allen Umständen sichergestellt werden.

Die Aussaat von gentechnisch verändertem Mais ist eindeutig rechtswidrig, das bestätigte das Bundesministerium erneut in der Sitzung des Agrarausschusses des Bundestages am Mittwoch. Es bestehen Schadenersatzansprüche gegenüber den Händlern und Herstellern des

verunreinigten Saatgutes. Ministerin Conrad ist jetzt in der Pflicht, den illegalen Genmais sofort vernichten zu lassen. Der laxer Umgang mit Saatgut-Kontrollen zu gentechnischen Verunreinigungen durch die SPD-Landesregierung muss endlich ein Ende haben.

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag Rhein-Lahn fordert die Landesregierung auf, den Umbruch der betroffenen Saat unverzüglich anzuordnen und das kontaminierte Saatgut zu vernichten.
2. Der Kreistag Rhein-Lahn fordert die Landesregierung auf, zum Schutz möglicher betroffener Dritter und im Sinne öffentlicher Transparenz die Standorte illegaler Freisetzungen öffentlich zugänglich zu machen und bekannt zu geben.
3. Der Kreistag Rhein-Lahn fordert die Landesregierung auf, die Haftungsfrage und Schadenersatzansprüche gegenüber den Händlern und Herstellern des verunreinigten Saatguts zu erklären. Die betroffenen Landwirte müssen Unterstützung erhalten und in vollem Umfang auch für den kompletten Ausfall der Ernte entschädigt werden.
4. Der Kreistag Rhein-Lahn fordert die Landesregierung auf, durch die zuständige Landesbehörde ermitteln zu lassen, ob noch weitere Betriebe ebenfalls mit verunreinigtem Saatgut beliefert wurden und den betroffenen Betrieben den Anbau unverzüglich zu untersagen.

Freundliche Grüße